

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 865 Postulat Huser Claudia und Mit. über die Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern / Bildungs- und Kulturdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Claudia Huser hält an ihrem Postulat fest.

Claudia Huser: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: Das Postulat zielt in keiner Weise auf die Lehrpersonen ab oder soll nicht suggerieren, dass die Lehrpersonen Täterinnen und Täter sind. Das ist in den Diskussionen vorab anscheinend nicht klar herausgekommen, und das ist mir wichtig. Das Postulat zielt auf die Schule ab, weil dort die Kinder erreicht werden und nicht aus einem anderen Grund. Ausserdem passieren die meisten Übergriffe zu Hause in den eigenen vier Wänden, und deshalb ist es auch nicht einfach Elternsache, die Kinder aufzuklären, sondern es muss per Gesetz verpflichtend im Schulunterricht verankert werden. Ich anerkenne es, dass im Kanton Luzern einiges getan wird. Diese Angebote werden aber nicht allen Kindern gleichwertig und mit genügend grosser Regelmässigkeit zugänglich gemacht. Diese Angebote müssten den Kindern häufiger und nicht nur einmal, sondern im Idealfall jährlich zugänglich gemacht werden. Vorbildlich macht das «Save The Children» in Norwegen, dort gehen die Zahlen auch zurück. Denn solange wir davon ausgehen müssen, dass zwei Kinder pro Klasse sexuelle Gewalt erleben müssen, kann es nicht genug sein, was wir tun. Es sind über 1200 Fälle pro Jahr, die gemeldet werden. Wie viele sind es dann wohl insgesamt? In den Kantonen Aargau, Zürich und Schwyz beispielsweise wurde ein gleicher überparteilicher Vorstoss überwiesen. Diese Kantone machen im Moment etwa gleich viel wie der Kanton Luzern. Es ist auch keine Projektwoche notwendig, sondern die Lehrpersonen sollen das Thema regelmässig aufnehmen. Natürlich wird bereits einiges getan, so etwa wird den Kindern mit dem Theaterstück «Mein Körper gehört mir» oder mit dem Buch «Leo Löwe Kinderschutz» beigebracht, dass ihr Körper ganz allein ihnen gehört und sie niemand im Intimbereich berühren darf. Aber das reicht einfach nicht. Jedes Kind muss seine Rechte kennen. Wie die «Projektwoche Mathematik» gehört auch dieses Thema regelmässig in den Unterricht. Ich bitte Sie im Namen unserer Kinder, das Postulat erheblich zu erklären.

Gerda Jung: Gewalt an Kindern, nicht nur sexuelle Gewalt, schockiert und muss verhindert werden. Für betroffene Kinder ist es schwierig, über eine Tat zu sprechen. Das erklärt die tiefe Zahl der bekannten Fälle. Betroffene Kinder und Jugendliche müssen sich oft mehrmals an eine Vertrauensperson wenden, bis Hilfe geholt werden kann. Jeder Fall steht für grosses Leid und ist für die Entwicklung der betroffenen jungen Menschen einschneidend. Leider finden solche Übergriffe auch oft in virtuellen Räumen statt. Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen wird mehrheitlich von nahestehenden Personen ausgeübt, und oft wird dabei Macht missbraucht. Die Bekämpfung und Prävention von sexueller Gewalt ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Es gilt hier die verschiedensten Bereiche wie Erziehungsberechtigte,

Schule, Bildung, Fachpersonen und niederschwellige Angebote zu vernetzen und bekannt zu machen. In der Stellungnahme der Regierung wird gut aufgezeigt, wie und welche Arbeit in der Prävention geleistet wird und welche Hilfeleistungen den Betroffenen zur Verfügung stehen. Es braucht nicht mehr Konzepte, sondern Kinder und Jugendliche müssen gestärkt werden. Dafür braucht es das ganze Umfeld, das in diesem Thema gut geschult ist und wenn nötig Hilfe und Unterstützung leisten kann. Mit den bereits bestehenden Möglichkeiten ist das machbar. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Pia Engler: Die Postulantin fordert die Verankerung von Schutzkonzepten in Schulen und Einrichtungen der schulischen Betreuung, damit Kinder und Jugendliche besser vor sexueller Gewalt geschützt werden können. Wir kennen heute zwar verschiedene Angebote, die von den Schulen zum Thema sexuelle Gewalt genutzt werden können, aber ein Konzept fehlt. Interessant ist, dass die Kommission für soziale Einrichtungen vor rund 15 Jahren für den Bereich A – das sind Kinder- und Jugendheime – und für die Sonderschulen einen Auftrag erteilt hat, ein solches Konzept zu erstellen. Dieses Konzept existiert seit 2010 unter dem Titel «Konzept für Prävention und Vorgehen bei sexueller Ausbeutung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Bereichen A und Sonderschulen». Deshalb stellt sich für mich die Frage, warum das Konzept diesen Segmenten dient, aber der Schule nicht. Wir sind erst dabei zu erfassen, wie weit verbreitet sexuelle Gewalt auch bei Kindern ist. Die Grauziffer ist wie bei der häuslichen Gewalt sehr hoch. Sexuelle Gewalt wird vor allem von Personen im Kreis ausgeübt, der einem Kind bekannt ist. Umso schwieriger ist es, dass Kinder und Jugendliche erkennen, wie ihnen geschieht, dass sie darüber sprechen und ihnen Hilfe zukommen kann. Erst mit einem oder auch zwei Angeboten, wie es in der Schule heute der Regelfall ist, ist für diese Kinder nichts getan. Spreche ich mit Lehrpersonen und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie Betreuenden wird klar, dass eine Systematik fehlt. Es fehlt also an dem von der Postulantin geforderten Konzept. Ob und welches Angebot gewählt wird, ist heute abhängig vom Engagement der Schulleitung oder der Lehrpersonen. Es gehen auch viele Kinder durch die Schule, ohne je an einem Angebot wie «Herzsprung» oder «Mein Körper gehört mir» teilgenommen zu haben. Die Schulkörper sind zudem oft auch unsicher, was das richtige Vorgehen ist, wenn sie denn einen Fall in den eigenen Reihen erkennen. Wenige Fachpersonen an den Schulen fühlen sich gerüstet und dem Thema gewachsen. Wir wollen weg von dieser Zufälligkeit und Abhängigkeit vom Engagement einer einzelnen Person und hin zu einer systematischen und wirkungsvollen Prävention und zu echten Schutzkonzepten, die auch in der Lage sind, einen Beitrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt zu leisten. Dort sind wir noch lange nicht. Wirksame Prävention zeichnet sich durch eine lange Laufzeit aus. Das zeigt uns zum Beispiel die Suva mit Präventionskonzepten wie etwa für Skiunfälle usw. Prävention hat die Verhaltensänderung im Visier. Wenn wir entschieden gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen eintreten und die Schulen stärken wollen, dann müssen wir systematisch vorwärtsgehen; dann braucht es ein Konzept, wie es gefordert wird. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Monika Schnydrig: Eines ist wohl unbestritten: Die Themen Sexualität, Prävention und auch Schutz sind in den Schulen mehr als nur angekommen. In der Stellungnahme der Regierung wird detailliert aufgeführt, wie durch sämtliche Zyklen der Schule über weiterführende Schulen bis in die Berufsausbildung flächendeckend vielfältige Angebote zuständiger Stellen und Hilfsangebote vorhanden sind. Bei Gesprächen mit verschiedenen Schulrektorinnen und Schulleitern sowie Lehrpersonen habe ich ein anderes Feedback erhalten. Die Quintessenz war immer die Gleiche: Bitte nicht noch mehr Einmischung, noch mehr Bürokratie und Aufgaben. Gerade in dieser Thematik gebe es schon genügend Angebote, es werde immer

wieder sensibilisiert und ausgebildet. Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass die Schulen im Kanton Luzern der Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen grosse Beachtung schenken und bei Bedarf professionelle Unterstützung durch Fachpersonen und Fachdienste zur Verfügung stehen. Die Unterstützung durch Fachpersonen und Fachdienste gilt es zu fördern. Darüber hinaus findet auch in den Vereinen bereits heute viel Prävention und Sensibilisierung statt. Auch das ist ein ganz wichtiger Faktor. Die Forderung des Postulats ist aus Sicht der SVP-Fraktion und gemäss den befragten Fachpersonen bereits erfüllt. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Sibylle Boos-Braun: Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu Gewalt und dabei auch sexueller Gewalt sind in unserer Gesellschaft und in den Schulen leider ein zunehmendes Thema. Das müssen wir ernst nehmen und Massnahmen ergreifen, um solche Entwicklungen im Keim ersticken zu können. Aber wir alle sind gefordert, hinzuschauen und zu handeln und nicht einfach wegzuschauen. Die Regierung zeigt in ihrer umfangreichen Stellungnahme auf, dass gerade in den Schulen und den schulischen Einrichtungen im Zusammenhang mit sexueller Gewalt bereits sehr viel unternommen wird, und zwar auf allen Schulstufen, sei das durch Aus- und Weiterbildungen der Lehrpersonen, Sexualaufklärung, Sensibilisierung im Schulstoff, Besuche von Fachstellen im Unterricht usw. Auch in den Gymnasien, den Berufsschulen wie auch der Sportförderung, beispielsweise bei der J+S-Ausbildung, sind sexuelle Übergriffe und Gewalt ein wichtiges Thema und Bestandteil im Unterricht und bei Weiterbildungen. Das Postulat nimmt ein wichtiges Thema auf, aber wir alle müssen als Gesellschaft gegen sexuelle Gewalt antreten, nicht nur die Schule oder die schulischen Einrichtungen. Es braucht ein koordiniertes Vorgehen über alle Anspruchsgruppen unserer Gesellschaft hinweg und nicht nur in der Schule. Unsere Schulen sind beim Thema der sexuellen Gewalt schon sehr engagiert unterwegs und benötigen keine neuen Vorgaben. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Hannes Koch: Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, dass die Schulen bereits viel zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt tun. Die Lehrpersonen können auf die Unterstützung von diversen Angeboten von verschiedenen Fachstellen wie auch auf die Aus- und Weiterbildungsangebote der Pädagogischen Hochschule Luzern zählen. Die Lehrpersonen können auf weitere niederschwellige Angebote zurückgreifen, um das Thema professionell in den Unterricht einzubauen. Weiter können die Schulen der Primar- und Sekundarstufe sexualpädagogische Klassenveranstaltungen buchen, welche die Thematik der Prävention von sexueller Gewalt an Kindern thematisieren. Es gibt also viele Angebote, und deshalb ist es ein Stück weit sogar nachvollziehbar, dass die Regierung das Postulat wegen Erfüllung ablehnt. Wie Sie aber aus meinem Votum heraushören, stehen die Optionen zur Verfügung, die genutzt werden können. Es besteht aber kein übergeordnetes verbindliches Konzept. Zudem ist eine bessere Koordination notwendig. Die Aussagen, dass schweizweit «nur» 1257 Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder gemeldet wurden, lässt aufhorchen. Schlussendlich ist das eine hohe Zahl, und es ist bekannt, dass die Dunkelziffer viel höher ist. Studien gehen davon aus, dass diese Fälle nur ein Bruchteil der effektiven Zahlen sind. Es ist davon auszugehen, dass zwei Kinder pro Klasse sexuelle Gewalt erfahren. Die Praxis zeigt, dass die Massnahmen noch nicht ausreichend Wirkung zeigen. Darum ist es wichtig, dass die heute zur Verfügung stehenden Optionen koordiniert und konkret umgesetzt werden, also mit dem geforderten Konzept. Eine meiner Kolleginnen sagte heute, dass die Aufgaben zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt nie abgeschlossen beziehungsweise erfüllt sind. Deshalb ist auch das Postulat nicht wegen Erfüllung abzulehnen. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Melanie Setz Isenegger: Das Thema ist nie abgeschlossen. Der Regierungsrat schreibt

selber in seiner Stellungnahme: «Die Regelschulen und Tagesstrukturen verfügen hingegen meist nicht über ein ganzheitliches Schutzkonzept [...]» Er sagt also, dass ein Konzept zum Teil noch fehlt, lehnt das Postulat aber wegen Erfüllung ab. Ich bitte Sie deshalb wirklich, dem Postulat zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das Thema sexuelle Gewalt an Kindern ist ein sehr ernstes Thema, wie jede Gewalt an Kindern, auch physische und psychische. Daran zweifelt niemand. Das Postulat fordert zusätzliche Massnahmen, wir beantragen jedoch Ablehnung wegen Erfüllung. Diese Massnahmen gibt es bereits. Vielleicht werden diese Massnahmen nicht richtig oder nicht überall umgesetzt. Dieser Erkenntnis muss selbstverständlich nachgegangen werden. Aber das ist bei allen Massnahmen so. Ein Konzept hilft dabei nicht. Ein zusätzliches Konzept hat grosses Potenzial, zu einem Papiertiger zu verkommen. Wir müssen sicherstellen, dass die eingeführten Massnahmen umgesetzt werden, denn sie sind umfangreich und genügend. Es geht also um eine Führungsfrage und nicht um die Frage eines Konzeptes. Jetzt sind wir also wieder einmal bei der Führung in der Bildung. Zuerst vertrauen wir den Lehrpersonen, dass sie sich des Themas annehmen. Es ist ein unangenehmes Thema, das aber angesprochen werden muss. Auch die Schulleitungen, die verschiedenen Dienststellen, das Departement und Ihr Rat müssen sich des Themas annehmen. Wir müssen in erster Linie sicherstellen, dass die definierten Massnahmen umgesetzt werden. Davon haben die betroffenen Kinder wesentlich mehr als von einem Konzept. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 66 zu 35 Stimmen ab.